

## Haushaltsrede 2012

Lassen Sie mich mit etwas Positivem beginnen: Der Frühling ist da. Gestern hat sie begonnen, die schönste Jahreszeit. Der Frühling kommt, die Bäume schlagen aus,.....wenn sie denn noch da sind und nicht schnell noch abgesägt wurden. Und es wird tendenziell wärmer. Das liegt allerdings teilweise am Klimawandel und nicht an der Jahreszeit.

Dass es einen Klimawandel gibt, hat sich auch in Aachen herumgesprochen. Deswegen macht es wenig Sinn, unsere Energie durch das Verbrennen fossiler Energien zu gewinnen. Spätestens seit der Katastrophe von Fukushima kommt man nicht mehr um die Erkenntnis herum, dass die Atomkraft ein gefährlicher Irrweg ist. Die Erkenntnis ist da: Wir müssen auf regenerative Energien setzen. Deren Erzeugung geschieht in hohem Maße dezentral. Deshalb müssen wir in Aachen etwas tun und Windräder bauen.

Man hört förmlich die Erkenntnis wachsen,... bis das Ganze dann in die Tat umgesetzt werden soll. Dann hört man häufig etwas anderes: Windenergie jaaaaa, aber nur im Norden, nicht im Süden. Oder: Jaaaaa, aber nicht in Aachen, sondern nur in der Städtereion. Jaaa, aber nicht an Land, sondern nur Offshore. Oder nur auf dem Mond? Und wer sich da alles einreicht bei den Freunden des heiligen Florian. Teile der CDU, Teile der SPD, die komplette FDP. Noch steht eine Mehrheit für den Bau neuer Windräder. Man darf gespannt sein, wie die Sache ausgeht.

Frischen Wind wollte auch eine neue politische Konstellation in Aachen erzeugen. Schwarz-Grün sollte das neue Erfolgsmodell werden. Aachen war und ist dafür ein Experimentierfeld. Andere waren Hamburg, das Saarland und, zumindest als Testballon im Wahlkampf, Berlin. Die Ergebnisse der anderen Tests sind bekannt. Und in Aachen? Hier ist der Ausgang noch offen, vor allem für die Grünen. Menschlich läuft es prima, wie man hört. Politisch gibt es erschreckend wenig Reibungspunkte. Die Grünen tragen problemlos eine Politik mit, die in Zeiten schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen für die Kommunen darauf verzichtet, im Sinne einer solidarischen Gesellschaft die Aachener Unternehmen durch eine auch nur moderate Erhöhung der Gewerbesteuer stärker zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Stattdessen werden die finanziellen Probleme auch auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Stadtverwaltung gelöst. Es werden Stellen abgebaut und es wird durch eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre von frei werdenden Stellen der Druck auf die Arbeitnehmer erhöht, denn die Arbeit muss ja erledigt werden.

Bei der Suche nach Stellen, die man noch streichen kann, schreckt Schwarz-Grün nicht einmal vor dem Gleichstellungsbüro zurück. In einer Beschlussvorlage für den Hauptausschuss war zu lesen, das Gleichstellungsbüro dürfe selbst und völlig frei entscheiden, welche Aufgaben es mangels Personal demnächst streicht. Das ist schon zynisch. Ist das Gleichstellungspolitik à la Schwarz-Grün?

Es würde mich nicht wundern, wenn die Ratsmehrheit demnächst auch noch die Baumschutzsatzung außer Kraft setzt. Faktisch spielt sie eh nur noch bei einzelnen Bäumen in privaten Gärten eine Rolle. Bei öffentlichen Bauvorhaben erteilt sich die Verwaltung selbst die Genehmigung, jeden Baum zu fällen, der einer aktuellen Planung im Wege steht oder der das Aachener Klinikum daran hindert, seine Parkprobleme auf Kosten der Umwelt und der Anwohner zu lösen.

All das geschieht mit Billigung der Ratsmehrheit. Mal wird einfach nur aktiv weggeschaut, ein anderes Mal werden die Fällaktionen ausdrücklich begrüßt, zum Beispiel am Templergraben. Gefällt wird mitten in der Nacht, damit sich die Bürgerinnen und Bürger, die diese Aktionen kritisieren, ja nicht zu einer Kundgebung gegen die Fällaktion versammeln. Dabei hat sich zum Thema Bäume eine sehr beachtliche Bürgerinitiative gebildet, die sehr konstruktiv und mit hohem Sachverstand alternative Lösungen erarbeitet hat, die eine Rettung vieler Bäume ermöglicht hätte. Aber nicht nur die Bäume, auch das große Engagement der Aachener Baumschutz-Initiative sollte zu Fall gebracht werden. Die Bäume sind gefallen, aber die Initiative steht und sie macht weiter. Das ist gut so.

Grüne und Umweltinitiativen: War da mal was? Es war. Und es gab eine Zeit, da hat sich die Partei, anders als die CDU, auch anders als die SPD für mehr Bürgerbeteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen eingesetzt. Und heute?

Heute wird über eine Bürgerbeteiligung am Haushalt geredet. Durchgeführt wird aber nur eine Befragung zu wenigen Themen, durch die man sich vor allem eine Zustimmung der Bevölkerung für Kürzungsmaßnahmen verspricht, die man sich nicht oder noch nicht selbst zu beantragen traut. Das haben die Bürger durchschaut. Da haben sie nicht mitgespielt. Welche Angst bei CDU und Grünen, aber auch Teilen der SPD vor den Bürgern existiert, ist daran abzulesen, wie akribisch das Wort „Bürgerhaushalt“ aus jeder Beschlussvorlage getilgt wurde. Er durfte immer nur „Bürgerbeteiligung“ heißen. Jetzt soll es nur noch „Beteiligungen zu Einzelthemen geben.“

Und nun müssen CDU und Grüne auch noch im Landtagswahlkampf als Gegner auftreten, obwohl Sie in Aachen längst gezeigt haben, wie erschreckend gut sie sich verstehen. Trotz allem: Es gibt auch Positives. Eine große Mehrheit in diesem Rat will eine Stadtbahn. Das ist erfreulich und wäre, wenn es am Ende so käme, ein wichtiger Schritt, denn nur mit einer Stadtbahn kann es gelingen, den zu erwartenden Ansturm auf den ÖPNV zu bewältigen. Allerdings muss auch gesagt werden: diesen Schritt hätten wir schon vor mehr als zehn Jahren gehen können, wenn nicht die CDU gewesen wäre, was sie damals war, nämlich die CDU. Nur mit der Stadtbahn ist es möglich, zusätzliche Aachenerinnen und Aachener in den ÖPNV zu locken. Jedes Auto, das in der Garage bleibt, verbessert die Luftqualität. Jeder alte Baum, der stehen bleibt, tut das auch.

Ich habe heute gar nichts zur FDP und ihrer Politik gesagt. Das liegt daran, dass der Kollege Helg vorgeschlagen hat, dass wir uns bei den Haushaltsreden kurz fassen sollen. Das mache ich. Aber irgendwo muss ich dann halt kürzen.

Nicht kürzen wird DIE LINKE im Rat bei ihrem Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt, auch und gerade in Zeiten einer angespannten Haushaltslage. Wir streiten weiterhin für ein Sozialticket, das seinen Namen verdient, weil es nicht mehr als 15 Euro kostet, also die Summe, die in den Pauschalen des ALG II für den Öffentlichen Nahverkehr vorgesehen sind. Das Ticket ist in Aachen mit 27,80 Euro immer noch zu teuer. Dass es überhaupt existiert, liegt daran, dass die LINKE und zahlreiche Arbeitsloseninitiativen im Lande jahrelang Druck gemacht haben. Keine andere Fraktion hier im Rat außer unserer war bereit, auch nur einen Cent aus dem Haushalt für ein solches Ticket zur Verfügung zu stellen. Was die Landesregierung an Geld bereit stellt, reicht bei weitem nicht, um landesweit das Recht aller auf Mobilität wiederherzustellen, dass durch die Hartz-Gesetze, die maßgeblich von SPD und Grünen verabschiedet wurden, abgeschafft wurde.

Wir werden dafür streiten, dass die starken Fahrpreiserhöhungen aufhören, durch die sich Stadt und Städteregion immer weiter aus der Finanzierung des Nahverkehrs zurückziehen, indem die Kosten auf die Fahrgäste abgewälzt werden. Denn wir wollen nicht nur einen modernen und umweltfreundlichen Nahverkehr durch eine Stadtbahn. Wir können einen solchen Fortschritt nur zusammen denken mit einer Wiederherstellung des Rechtes auf Mobilität. Die Stadtbahn darf niemanden an der Haltestelle zurücklassen.

Wir streiten weiter für die Schaffung neuen preiswerten Wohnraums als Ersatz für die vielen aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen in den kommenden Jahren. Wir wollen genügend Wohnraum schaffen für die vielen Studenten, die in den kommenden Jahren ihr Studium in Aachen beginnen. In beiden Fällen gibt es einzelne Bauprojekte, aber bei weitem nicht genug.

Wir streiten für den zügigen Ausbau der KiTa-Plätze und wir halten, im Gegensatz zu CDU und Grünen, am Ziel fest, die KiTa-Plätze kostenfrei zu machen. Deshalb bleibt es ein schwerer politischer Fehler, das kostenfreie erste KiTa-Jahr in Aachen abzuschaffen.

Weil so vieles, was wichtig wäre für Aachen, fehlt im Haushalt, weil gekürzt wird auf Kosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sagen wir NEIN zu diesem Haushalt. Eine soziale Stadt gibt uns Luft zum Atmen. Sie ist wie ein Baum. Sie muss verteidigt werden. Und: Wir wollen neue Bäume pflanzen.